



Presseschau vom 11.01.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipp:

Marcel Joppa: Fake-News und Expansion: „Bild“ schmiedet gefährliche Pläne

Kaum ist das Jahr gestartet, kündigt „Bild“-Chef Julian Reichelt in einer Mail an seine Mitarbeiter große Veränderungen an: Einen eigenen Video-Streaming-Dienst, ähnlich wie Netflix, aber für News und Videos. Das könnte Folgen haben, denn die ethisch verwerfliche Meinungsmache der „Bild“ hat inklusive Fake-News einen neuen Höhepunkt erreicht.

<https://sptnkne.ws/AXFU>

vormittags:

de.sputniknews.com: Iran gesteht unbeabsichtigten Abschuss ukrainischen Passagierjets

Der Iran hat die Verantwortung für den Absturz einer ukrainischen Boeing 737 in der Nacht zu Mittwoch nahe Teheran übernommen. Das Militär habe die Maschine „unbeabsichtigt“ abgeschossen, hieß es am Samstagmorgen in einer Presseerklärung im Staatsfernsehen.

Demnach handelt es sich um einen „menschlichen Fehler“. Das Flugzeug wurde laut Presseerklärung aus Versehen abgeschossen, denn es flog in der Nähe eines wichtigen iranischen Militärobjekts. Dies erfolgte, weil die Streitkräfte wegen einer Gefahr von US-Vergeltungsangriffen in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt worden seien, hieß es.

Der iranische Außenminister Dschawad Sarif sprach auf seinem Twitter ebenfalls von einem menschlichen Fehler und sprach den Familien der Opfer sein Beileid aus:

„Ein trauriger Tag. Vorläufige Ergebnisse einer internen Ermittlung der Streitkräfte: Zu der

Katastrophe führte ein menschlicher Fehler in einer Krisenzeit, die durch US-amerikanisches Abenteuerium verursacht wurde. Unser tiefes Bedauern, unsere Entschuldigung und unser Beileid unserem Volk, den Familien aller Opfer und anderen betroffenen Nationen". Unmittelbar nach dem Absturz bestritt der Iran einen möglichen Abschuss – der Leiter der iranischen Luftfahrtbehörde, Ali Abedsadeh, hatte diese Version zunächst als „technisch und wissenschaftlich absurd“ bezeichnet.

Am Freitagabend hieß es vonseiten der Ukraine, ihre Ermittler hätten Zugang zu den Flugschreibern des verunglückten Jets sowie zum Absturzort und den Trümmerteilen erhalten. Daran arbeiten die Experten mit den iranischen Behörden zusammen, sagte am Freitag der ukrainische Außenminister Wadim Pristaiko. „Die iranische Seite kooperiert vollumfänglich.“

Flugzeugabsturz im Iran

Eine ukrainische Boeing 737 stürzte am Mittwochmorgen kurz nach dem Abflug vom Khomeini Airport in der iranischen Hauptstadt Teheran ab. An Bord der Maschine befanden sich laut den ukrainischen Behörden 176 Insassen. Niemand überlebte. Unter den Opfern waren eine Doktorandin aus Mainz sowie eine Asylbewerberin aus Nordrhein-Westfalen mit ihren Kindern. Die anderen Opfer stammten aus dem Iran, der Ukraine, Kanada, Großbritannien, Schweden und Afghanistan.

Die europäische Flugsicherheitsbehörde EASA hatte nach dem Absturz von Flügen über den Iran abgeraten. Zuvor hatte die EASA bereits empfohlen, Flüge über den Irak zu vermeiden. Kurz vor dem Absturz am Mittwoch hatte der Iran zwei von US-Soldaten genutzte Stützpunkte im Irak angegriffen. Kurze Zeit später war die ukrainische Maschine abgestürzt. Am Freitag hatten sich bereits mehrere EU-Staaten, die USA und Kanada davon überzeugt gezeigt, dass es sich um einen wohl versehentlichen Abschuss durch den Iran handeln müsse. CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak hatte am Freitag im Gespräch mit der „Bild“-Zeitung Sanktionen gegen Teheran gefordert, falls es sich erweist, dass es tatsächlich um einen Abschuss geht.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32632/47/326324791.jpg>

de.sputniknews.com: Nach Boeing-Fehlabschuss: Rohani fordert Beseitigung von Schwachstellen bei Luftabwehr

Der Passagierjet der ukrainischen Fluggesellschaft MAU (Ukraine International Airlines) ist nach Geständnis des Generalstabes der iranischen Streitkräfte durch „menschliches Versagen“ abgeschossen worden. In dem Zusammenhang hat der iranische Präsident Hassan Rohani Entschädigungsmaßnahmen angeordnet.

Rohani drückte am Samstag sein Beileid zum Tod der Jet-Insassen aus. Er erläuterte, dass die iranischen Streitkräfte in Erwartung eines Angriffs vonseiten der USA versehentlich den ukrainischen Verkehrsjet abgeschossen hätten.

„Betrüblicherweise haben menschliches Versagen und ein Fehlabschuss eine große Katastrophe verursacht, die Bedauern auslöst. Als Präsident des Irans möchte ich den Familien der Opfer dieser leidvollen Katastrophe mein Beileid ausdrücken“, heißt es in einer Erklärung Rohanis, die vom Fernsehsender IRIB veröffentlicht wurde.

„Angesichts der Drohungen und der Einschüchterungen, die das amerikanische aggressive Regime nach dem Märtyrertod von (General) Qassem Soleimani gegen die iranische Nation gerichtet hat, sind die Streitkräfte des Irans hundertprozentig in Gefechtsbereitschaft versetzt worden, um eventuelle Attacken der USA abwehren zu können“, heißt es in der Erklärung. Dem iranischen Militär zufolge war das ukrainische Flugzeug als feindliches Ziel wahrgenommen worden, wobei man mit möglichen Angriffen vonseiten der USA gerechnet hätte.

Der iranische Präsident verwies ferner auf die Notwendigkeit, die Mängel in den Systemen der Luftverteidigung zu beheben. Es sei notwendig, „alle schwachen Punkte der Luftverteidigungskomplexe zu beseitigen und notwendige Maßnahmen zu treffen, damit sich solche Katastrophen nicht wiederholen können“, heißt es in der Erklärung.

Die ukrainische Boeing 737 war am 8. Januar wenige Minuten nach dem Abheben vom Flughafen von Teheran abgestürzt. Alle 176 Insassen – Bürger von Afghanistan, Deutschland, des Iran, von Kanada, der Ukraine, von Großbritannien und Schweden sowie die ukrainischen Crew-Mitglieder – kamen ums Leben.

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 10. Januar 2020 wurden zwei Beschießungen von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt.

Beschossen wurden **Sokolniki** und **Kirowsk**.

Geschossen wurde mit Schützenpanzerwaffen und 122mm-Artilleriegeschützen.

Es wurden folgende Häuser beschädigt:

Lew-Tolstoj-Straße 23 – Treffer auf einen Anbau des Hauses;

Lew-Tolstoj-Straße 25 – Fenster und Dach sind beschädigt;

Shelesnodoroshnaja-Straße 3 – Fassade, Fenster und Zaun sind beschädigt.

Der zivile Einwohner Sergej Wladimirowitsch Bojko, geb. 1961, Rentner, wurde verletzt.

Diagnose: Detonationsverletzungen an beiden Beinen.

Außerdem wurde eine Gasleitung des Durchmesser 108mm beschädigt, daraufhin haben Arbeiter des Gasdienstes die Gaszufuhr in der Shelesnodoroshnaja-Straße 1, 2, 3, 4, 6, 8, 12 gesperrt. Die Reparaturarbeiten werden am 11.1.durchgeführt. Im Gebiet der Lenin-Straße wurde eine Stromleitung beschädigt, im Zusammenhang damit haben 60 Verbraucher keinen Strom.

de.sputniknews.com: **Nach Beinahe-Schiffkollision: Moskau wirft Washington Verletzung internationaler Regeln vor**

Das russische Verteidigungsministerium hat der Crew des US-Zerstörers „USS Farragut“ einen absichtlichen Verstoß gegen die internationalen Normen der sicheren Seefahrt vorgeworfen.

Die Behörde reagierte damit auf eine Mitteilung der 5. Flotte der Vereinigten Staaten. Ein russisches Militärschiff habe sich der „USS Farragut“ im nördlichen Arabischen Meer am 9. Januar „aggressiv angenähert“, schrieb das US-Amt am Freitag auf Twitter und veröffentlichte Videos, die den Zwischenfall zeigen sollen.

Die Beschuldigungen lehnte Russlands Verteidigungsministerium als falsch ab.

„Es war gerade der Zerstörer der US-Marine, der sich links von dem sich vorwärts bewegendem russischen Militärschiff befand und am 9. Januar 2020 die internationalen Kollisionsverhütungsregeln verletzte.“

Der US-Zerstörer habe ein „Manöver zur Durchquerung des Kurses“ des russischen Schiffs unternommen. Diesen Verstoß hätten Kameras der „USS Farragut“ aufgenommen.

„Die Besatzung des russischen Militärschiffes handelte professionell und unternahm ein Manöver, wodurch ein Zusammenstoß mit dem Verletzer verhindert werden konnte“, so die Verteidigungsbehörde Russlands.

Kollisionsverhütungsregeln

Die Kollisionsverhütungsregeln (KVR) oder die Internationalen Regeln von 1972 zur Verhütung von Zusammenstößen auf See sind der grundlegende rechtliche Rahmen zur Regelung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf Hoher See und den damit verbundenen Gewässern.

Regel 15 besagt: Wenn „die Kurse zweier Maschinenfahrzeuge einander so kreuzen, dass die Möglichkeit der Gefahr eines Zusammenstoßes besteht, muss dasjenige ausweichen, welches das andere an seiner Steuerbordseite hat“.

Medienberichten zufolge hatte der US-Zerstörer das russische Schiff an seiner rechten Seite und musste ihm deswegen ausweichen.

Bei dem russischen Schiff soll es sich laut Medien offenbar um die „Iwan Churs“, ein Aufklärungsschiff der russischen Seekriegsflotte, handeln.

Die „USS Farragut“ gehört zu einem Flottenverband um den Flugzeugträger „USS Abraham Lincoln“, der im vergangenen Jahr inmitten wachsender Spannungen mit dem Iran in die Region entsandt worden war.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32192/78/321927803.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 10. Januar 3:00 Uhr bis 11. Januar 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 5. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Sajzewo, Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Staromichajlowka, Kominternowo.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Anzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 7.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der aGeschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 40.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Boeing-Fehlabschuss durch Iran: Ukraine fordert Entschuldigung und Entschädigung**

Nach dem Eingeständnis des Abschusses einer ukrainischen Boeing 737 nahe Teheran hat der Präsident der Ukraine, Wladimir Selenski, am Samstag den Iran aufgefordert, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen und Entschädigungen zu zahlen.

Wie der ukrainische Staatschef auf Facebook schreibt, fordere Kiew von Teheran ein volles Schuldeingeständnis und eine offizielle Entschuldigung über diplomatische Kanäle. Zudem sollten die Überreste der Toten in ihre Heimatländer überstellt werden.

„Wir erwarten von dem Iran Versicherungen, dass er zu einer vollen und offenen Untersuchung bereit ist.“

Die Ukraine hoffe, dass die Ermittlungen „ohne vorsätzliche Verzögerungen und Hindernisse fortgesetzt“ werden. Experten aus der Ukraine sollten weiterhin vollen Zugang zu möglichem Beweismaterial erhalten. ...



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32457/24/324572436.jpg>

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Schwerpunkt Nahost-Konflikt: Merkel trifft Putin in Moskau**

Bundeskanzlerin Angela Merkel und der russische Präsident Wladimir Putin kommen am Samstag zu einem Gespräch über die Bürgerkriege in Syrien und Libyen sowie den Iran-Konflikt zusammen. Nach dem Treffen in Moskau ist auch eine Pressekonferenz mit den beiden Spitzenpolitikern geplant.

Trotz Behauptungen, dass das Treffen wegen der Ermordung des iranischen Generals Qassem Soleimani durch einen US-Raketenangriff und der erfolgten Eskalation in der Nahost-Region ausfällt, hatten sowohl Kremlsprecher Dmitri Peskow als auch der Sprecher der Bundesregierung, Steffen Seibert, unterstrichen, dass das Gespräch bereits im Dezember, vor Soleimanis Tötung, vereinbart worden war.

Bei dem Arbeitsbesuch im Kreml wird die Bundeskanzlerin von Außenminister Heiko Maas begleitet, vorerst ist aber nicht bekannt, ob ein Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow geplant ist.

„Um die Krisen in unserer Nachbarschaft zu entschärfen, brauchen wir das Gespräch mit

Russland”, sagte Maas den Zeitungen der Funke-Mediengruppe am Samstag.

Friedensinitiative für Libyen

Zu den Hauptthemen wird die Lage im Bürgerkriegsland Libyen zählen. Russland hatte zuletzt erklärt, die Friedensinitiative Deutschlands für das zerrüttete nordafrikanische Land zu unterstützen. Dazu hatten sich der russische Präsident und die Bundeskanzlerin zuletzt auch am Telefon ausgetauscht.

Berlin bemüht sich seit Monaten um eine politische Lösung in dem Konflikt und stellte dazu ein baldiges Gipfeltreffen in Aussicht. Die Türkei und Russland hatten am Mittwoch eine Waffenruhe in Libyen angemahnt. Moskau spricht sich für einen Dialog mit der von westlichen Staaten anerkannten Regierung von Fajis al-Sarradsch sowie mit dem Kommandeur der libyschen Nationalarmee, General Chalifa Haftar, aus.

„Vor Europas Haustür tobt in Libyen ein blutiger Stellvertreterkrieg“, sagte Maas den Funke-Zeitungen. „Es gibt jetzt eine vielleicht letzte Chance, eine neue Runde der Aufrüstung zu verhindern und das Blutvergießen zu stoppen. Dafür brauchen wir die Staaten am Verhandlungstisch, die vor Ort Einfluss nehmen, insbesondere auch Russland.“

Stabilisierung ohne Moskau aussichtslos?

FDP-Fraktionsvize Alexander Graf Lambsdorff forderte, dass Russland bei der Suche nach einer Friedenslösung in Libyen unbedingt eingebunden wird. „Die Bundeskanzlerin muss es schaffen, Russland in den Berliner Prozess zur Stabilisierung Libyens zu lotsen“, sagte Lambsdorff dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. „Ohne Moskau ist der Versuch der Stabilisierung unseres südlichen Nachbarn aussichtslos.“

Auch der Krieg in Syrien soll unter den Gesprächsthemen sein. Wie der Politikwissenschaftler Peter Schulze gegenüber Sputnik erklärte, versteht Merkel den Einfluss, den Russland in der Region hat. Ohne Moskau, Ankara oder Teheran sei die Regelung des Konflikts unmöglich, sagte der Experte. Dies gelte ebenfalls für die Situation um den Iran – das Atomabkommen sowie die gefährliche Eskalation betreffend, die nach der gezielten Tötung seines Top-Generals Qassem Soleimani durch die USA erfolgte. Teheran erklärte daraufhin, dass sich das Land künftig dem Wiener Atomabkommen (aus dem Washington bereits 2018 einseitig ausstieg), nicht mehr verpflichtet fühle. Sowohl Russland als auch Deutschland wollen das Atomabkommen mit dem Iran erhalten.

Interessant wird außerdem sein, ob Merkel und Putin über nächste Schritte bei der Friedenslösung für die Ostukraine sprechen. Putin und der ukrainische Präsident Wladimir Selenski hatten Mitte Dezember in Paris unter Vermittlung von Merkel und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron einen neuen Anlauf für Frieden im Donbass genommen. Ein nächstes Treffen in diesem Format könnte im Frühjahr in Berlin stattfinden. Merkel hatte Russland zuletzt 2018 besucht. In die russische Hauptstadt war sie im Mai 2015 zu den Gedenkfeiern zum 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges gereist. Putin war im Sommer 2018 zu bilateralen Gesprächen auf Schloss Meseberg bei Berlin.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32630/97/326309764.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 11.01.2020**

Nach Angaben, die von den Beobachtern des GZKK der DVR erfasst wurden, haben die ukrainischen Kämpfer in den letzten 24 Stunden **fünfmal das Feuer auf Ortschaften der Republik eröffnet.**

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer Schapowalows aus der 59. Brigade und Kaschtschenkos aus der 58. Brigade **Sajzewo (jushonje)** und die **Siedlung Gagarin-Bergwerks** mit Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 28. Brigade des Verbrechers Martschenkos die Gebiete von **Staromichajlowka** und der **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** mit Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer Subanitschs aus der 10. Gebirgss Sturmbrigade **Kominternowo** mit Antipanzergranatwerfern beschossen.

Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzte unter der Zivilbevölkerung werden noch ermittelt.

In den Einheiten der BFU nehmen die nicht kampfbedingten Verluste im Zusammenhang mit Alkoholkonsum ukrainischer Kämpfer weiter zu.

So wurde nach Informationen unserer Aufklärung am Morgen des 8. Januar in einem Abwassergraben in der Nähe der Positionen der 10. Gebirgss Sturmbrigade im Gebiet von Schirokino der Körper des Kommandeurs eines Drohnenzugs des 131. Aufklärungsbataillons Oberleutnant W.M. Pantschenko ohne Lebenszeichen gefunden. Nach vorläufigen Informationen war die Todesursache Unterkühlung. Bei einer vorläufigen Untersuchung wurde festgestellt, dass Pantschenko am Vortag, dem 7. Januar, Weihnachten mit Trinken alkoholischer Getränke begangen hatte.

Es ist wichtig anzumerken, dass bereits am nächsten Tag, am 9. Januar, Untergebene Pantschenkos versuchten einen Terrorakt gegen unsere Republik zu begehen, indem sie eine Drohne mit einer daran befestigten selbstgebauten Sprengeinrichtung starteten. Aber beim Start hielten sie die Sicherheitsbestimmungen nicht ein und überschritten das zulässige Gewicht des Sprengstoffs, dadurch fiel die Kampfdrohne auf ukrainische Positionen in unmittelbarer Nähe der miesen Aufklärer. Opfer der misslungenen Provokation waren nach Informationen unserer Aufklärung vier Besatzer, die zahlreiche Splitterverletzungen erlitten. Dabei hatten die Kämpfer, die verletzt wurden, vor dem Start der Drohne auch Alkohol getrunken und erklärten ihren Verstoß gegen die militärische Disziplin mit dem Gedenken an den verstorbenen Kommandeur.

Wir schließen nicht aus, dass der Versuch der Provokation gegen unsere Verteidiger unter Einsatz einer Kampfdrohne auch im Gedenken an den in betrunkenem Zustand erfrorenen Pantschenko erfolgte.

Gesondert möchte ich unterstreichen, dass der Konsum von Alkohol in einigen Einheiten der BFU in der OOS-Zone normal ist und von den Kommandeuren in den Rang von notwendigen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des moralisch-psychischen Niveaus des unterstellten Personals erhoben wurde.

So befahl nach uns vorliegenden Informationen der Kommandeur der 10.

Gebirgsturmsbrigade Subanitsch am 5. Januar beim morgendlichen Wachaufzug seinem für den rückwärtigen Dienst zuständigen Stellvertreter und dem Leiter des medizinischen Dienstes die Ausgabe von alkoholhaltigen Präparaten in einer Menge von 100 Gramm für Soldaten oder Unteroffiziere und 150 Gramm für Offiziere und Fähnriche, angeblich um ihre Aufwärmung bei Ausführung von Aufgaben auf der Straße zu gewährleisten und als Prophylaxe gegen Erkältungskrankheiten.

So fördert Subanitsch, der selbst alkoholabhängig ist, dies auch unter seinen Untergebenen. Dabei hält sich der Brigadekommandeur in betrunkenem Zustand in keiner Weise zurück und schlägt weiter Untergebene, worüber wie früher bereits berichtet hatten.

Diesmal geriet der Diensthabe für die Kantine, Fähnrich Schkot, in die Hände des Brigadekommandeurs, der sich jetzt mit gebrochenem Kiefer im medizinischen Punkt des Verbandes befindet. Nach unseren Informationen setzte der Brigadekommandeur physische Gewalt gegen seinen Untergebenen aufgrund der seiner Meinung nach geringen Qualität des Essens ein.

de.sputniknews.com: „Ich wünschte, ich wäre tot“: Irans Revolutionsgarden übernehmen Verantwortung für Jetabschuss

Das Korps der iranischen Revolutionsgarden hat laut dem Chef ihrer Luft- und Weltraumkräfte, Amirali Hadschisadeh, die volle Verantwortung für die jüngste Katastrophe mit der ukrainischen Boeing 737 übernommen.

Das iranische Flugabwehrsystem soll den ukrainischen Jet mit einem Marschflugkörper verwechselt haben, sagte Hadschisadeh auf einer Pressekonferenz nach der Bekanntgabe von Ursachen der Tragödie. Das Ziel habe sich in einer Entfernung von 19 Kilometern befunden. „Wir tragen die volle Verantwortung dafür. Welche Entscheidung die Behörden auch treffen sollten, unterwerfen wir uns ihr.“

Die Revolutionsgarden seien mit jeglicher Entscheidung in Bezug auf die Schuldigen für den Absturz des Passagierflugzeugs einverstanden.

Wie es zum Fehlschlag kam

Der Bediener des Luftabwehrsystems, das die Boeing abgeschossen habe, sei mit einem Kommunikationsausfall konfrontiert worden. Er habe zehn Sekunden gehabt, um eine Entscheidung zu treffen, und habe eine falsche Wahl getroffen.

Eine iranische Kurzstrecken-Luftabwehrrakete soll neben der ukrainischen Passagiermaschine explodiert sein, sagte der Luftwaffenchef laut Medien. Deswegen sei das Flugzeug imstande gewesen, nach der Explosion für eine Weile weiterzufliegen. Der Jet sei explodiert, als er auf den Boden aufgeschlagen sei.

„Ich wünschte, ich wäre tot und hätte nicht Zeuge eines solchen Unglücks sein müssen,“ so Hadschisadeh.

Teheran sei zu einem „totalen Krieg“ mit den Vereinigten Staaten bereit gewesen, als es zum Boeing-Absturz gekommen sei.

Nach Angaben der iranischen Militärs verordneten sie einen Stopp des Luftverkehrs während der Schläge gegen eine US-Basis im Irak. Die Forderung sei jedoch nicht erfüllt worden.

Flugzeugabsturz im Iran

Ein ukrainischer Passagierjet, eine Boeing 737, war am Mittwochmorgen kurz nach dem

Abflug vom Khomeini Airport in der iranischen Hauptstadt Teheran abgestürzt. An Bord der Maschine befanden sich laut den ukrainischen Behörden 176 Insassen. Niemand überlebte. Unter den Opfern waren eine Doktorandin aus Mainz sowie eine Asylbewerberin aus Nordrhein-Westfalen mit ihren Kindern. Die anderen Opfer stammten aus dem Iran, der Ukraine, Kanada, Großbritannien, Schweden und Afghanistan. Die Maschine war laut dem Eingeständnis des Generalstabs der iranischen Streitkräfte durch „menschliches Versagen“ abgeschossen worden. In dem Zusammenhang ordnete der iranische Präsident Hassan Rohani Entschädigungsmaßnahmen an.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32632/19/326321953.jpg>

de.sputniknews.com: **Nach Fehlabschuss von Ukraine-Jet: Irans Oberster Führer befahl Freigabe von Ermittlungsergebnissen**

Der Oberste Führer des Irans, Ajatollah Ali Chamenei, hat verfügt, Ermittlungsergebnisse zur Ursache der Katastrophe mit dem ukrainischen Flugzeug zu veröffentlichen, das versehentlich mit einer iranischen Rakete abgeschossen wurde. Dies teilte der staatliche iranische Fernseh- und Radiosender IRIB am Samstag mit.

Sobald der Oberste Führer über den katastrophalen Fehler der Luftverteidigungskräfte in Kenntnis gesetzt wurde, habe er zur Klärung des Falls eine Sondersitzung des Höchsten Rates für nationale Sicherheit einberufen. Er habe nachdrücklich darauf verwiesen, dass die Ursachen für das Geschehene und die Untersuchungsergebnisse fair und transparent publik gemacht werden. ...



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31814/34/318143499.jpg>

de.sputniknews.com: **Für den Fall des US-Truppenabzugs aus dem Irak: Trump will Rückerstattung von Baukosten**

US-Präsident Donald Trump hat in einem Interview für den US-amerikanischen TV-Sender Fox News gesagt, dass die USA berechtigt seien, im Falle des Abzugs ihrer Truppen aus dem Irak von diesem Land Entschädigungsgelder einzufordern.

Trump zufolge handelt es sich um das Geld, dass die USA für den Bau von Militärstützpunkten, Flughäfen und Botschaftsgebäuden im Irak ausgegeben hätten.

Trump sagte ferner, dass die Aufrufe zu einem Abzug der US-Truppen im Irak nur öffentlich ertönt seien. „Privatim“ sei dieses Thema nicht berührt worden.

Danach gefragt, auf welche Weise Washington die Entschädigungsgelder vom Irak zu erhalten beabsichtige, sagte Trump: „Wir haben jetzt 35 Milliarden Dollar irakisches Geld auf Bankkonten. Wie ich glaube, werden sie (die Iraker) einverstanden sein, zu zahlen. (...) Sonst werden wir dort weiter bleiben.“

Die irakische Regierung und das Parlament des Landes hatten von den USA gefordert, ihre Truppen aus dem Irak abzuziehen, nachdem das US-Militär eine Operation zur Tötung des iranischen Top-Generals Qassem Soleimani auf irakischem Territorium durchgeführt hatte. Bagdad betrachtet diesen Angriff als Verstoß gegen die Stationierungsbedingungen für die US-Truppen.

Das irakische Parlament hatte am 5. Januar für den Abzug der ausländischen Soldaten gestimmt. Am darauffolgenden Tag erklärte der Oberbefehlshaber der irakischen Streitkräfte, Abdel Kerim Half, dass die Vorbereitung auf den Truppenabzug bereits begonnen habe.

Mil-Inr.info: **Erklärung des Leiters des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Ja.A. Osadtschij**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK, wurden in den letzten 24 Stunden **zwei Beschießungen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte** festgestellt.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Soldaten der 93. Brigade auf Befehl des Verbrechers Bryshinskij **Kirowsk** und **Sokolniki** beschossen, auf die Gegner 16 verschiedene Geschosse abgefeuert hat, sechs davon des Kalibers 122mm.

Infolge des Beschusses von Kirowsk **erlitt der örtliche Einwohner Sergej**

Wladimirowitsch Bojka unterschiedlich schwere Verletzungen, es wurden Wohnhäuser in der Tolsoj-Straße 23 und 25 und der Shelesnodoroshnaja-Straße 3 beschädigt.

Außerdem wurde eine Gasleitung und Stromleitung in der Shelesnodoroshnaja-Straße beschädigt.

Der Gegner stationiert weiter schwere Waffen in Ortschaften in der Nähe der Kontaktlinie.

So wurde im Verantwortungsbereich der 46. Brigade der ukrainischen Streitkräfte folgendes festgestellt:

Wojtowo – 1 Panzerfahrzeug „Kobra“;

Plotina -1 Panzertransporter;

Nishneteploje -1 Panzertransporter;

Im Verantwortungsbereich der 93 Brigade:

Trjochisbjenka -1 Panzertransporter;

Im Verantwortungsbereich der 59 Brigade:

Luganskoje – ein Schützenpanzer.

Diese Informationen werden auch durch den OSZE-Bericht bestätigt.

Im Vorfeld des Treffens der Kontaktgruppe in Minsk arbeiten auf Anweisung des Kommandeurs der OOS General Krawtschenkos im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ **seit dem 10. Januar Vertreter der ukrainischen Massenmedien** „1+1“, „5. Kanal“ und andere, deren Hauptaufgabe es ist, Reportagen zu erstellen, die die Volksmiliz der LVR der Verletzung des Regimes der Feueinstellung

beschuldigen.

Derzeit sind die Korrespondentengruppen im Verantwortungsbereich der 59. Brigade. Der Kommandeur der Brigade hat die Aufgabe, die Erwiderung des Feuers durch die Volksmiliz zu provozieren, um inszenierte Materialien zu erstellen, die dann die ukrainischen Vertreter in der Kontaktgruppe vorlegen sollen...

de.sputniknews.com: **Russland ist ein Konkurrent, kein Feind – US-Diplomat kommentiert Verhältnis zu Moskau**

Die USA betrachten Russland als einen Rivalen und nicht als einen Feind oder eine Bedrohung. David Hale, der Unterstaatssekretär für politische Angelegenheiten im US-Außenministerium, hat sich zu dem Thema in einem Interview mit dem Bulgarischen Nationalen Radio (BNR) am Samstag geäußert.

USA offen für Gespräche mit Russland

„Ich würde sagen, es ist ein Konkurrent - ziemlich hart, manchmal erfinderisch - aber ein Konkurrent“, sagte Hale und beantwortete damit die Frage, was denn Russland für Washington derzeit sei – ein Feind, eine Bedrohung oder nur ein Konkurrent? US-Präsident Donald Trump habe wiederholt klargestellt, dass die Vereinigten Staaten für ein besseres Verhältnis zu Russland auftreten würden.

Washington halte die Tür zum Dialog offen, so der US-Diplomat weiter.

„Ich persönlich hatte lange Gespräche mit meinem russischen Kollegen. Wir unterstützen Kommunikationskanäle in Bezug auf die Ukraine, Syrien, Nordkorea, die Rüstungskontrolle, den Nahen Osten insgesamt und die bilateralen Fragen“, fügte er hinzu.

Ein grundsätzliches Problem sei jedoch, so der Vertreter des US-Außenministeriums, dass Russland mit seinem aggressiven Verhalten nicht aufhöre. Dies sei ein großes Hindernis für die Verbesserung der bilateralen Beziehungen.

Washington gegen Gasleitung Turkish Stream

Darüber hinaus sagte Hale, die Vereinigten Staaten hätten die Eröffnung des zweiten Strangs der russisch-türkischen Gaspipeline Turkish Stream nicht gebilligt, da es sich dabei nicht um eine Diversifizierung der Energieversorgung in Europa handle, sondern um russische Versuche, Gaslieferungen politisch zu instrumentalisieren, um Europa zu spalten.

John Sullivan, der neue US-Botschafter in Russland, hat am Samstag die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass die bilateralen Beziehungen bezüglich der regionalen Fragen gestärkt werden, bei denen Moskau und Washington gemeinsame Interessen hätten, berichtete die Agentur RIA Novosti.

de.sputniknews.com: **Verstieß Unfalljet gegen Luftverkehr-Stopp? Iranische und ukrainische Seite widersprechen einander**

Der Chef der Luft- und Weltraumkräfte der iranischen Revolutionsgarden, Amirali Hadschisadeh, und der Präsident der ukrainischen Fluggesellschaft MAU (Ukraine International Airlines), Jewgenij Dychne, haben sich über den Stopp des Luftverkehrs ausgesprochen, den die iranischen Militärs angeblich bei den Schlägen auf eine US-Basis im Irak forderten.

Kurz vor dem Absturz der ukrainischen Boeing 737 habe die iranische Armee verordnet, dass keine Passagierflugzeuge während der iranischen Schläge gegen einen US-Militärstützpunkt im Irak verkehren dürften. Dies sagte Hadschisadeh laut dem arabischen Sender „Al Jazeera“. Die Forderung sei jedoch nicht erfüllt worden.

„Wir haben verlangt, den Flugzeugverkehr während der Attacke auf die Basis Ain Al-Assad aufzuhalten. Aus einer Reihe von Ursachen ist das nicht getan worden.“

Ukrainische Seite: Keine Informationen über mögliche Gefahren

Die MAU, der die abgeschossene Maschine gehörte, habe keine Gründe für eine Annullierung des Flugs gehabt, gab Jewgenij Dychne am Samstag auf einer Pressekonferenz bekannt.

Weder ukrainische noch iranische Behörden hätten Warnungen ausgesprochen. „Zum Augenblick des Abflugs vom Flughafen Boryspil (bei Kiew – Anm. d. Red.) hat die Fluggesellschaft keine Information über mögliche Bedrohungen gehabt. Auch zum Augenblick des Abflugs vom Flughafen Teherans hat die Fluggesellschaft absolut keine Information gehabt. Uns ist keine Entscheidung seitens der verantwortlichen Administrationen mitgeteilt worden.“

Dychne verneinte jeglichen Schuld ukrainischer Behörden an dem Flugzeugabsturz. Aus der Sicht des MAU-Direktors handelte Kiew gemäß den Regeln, als es den Flug nicht verbot. Sowohl vor der Katastrophe als auch danach wären „Airlines aus der ganzen Welt“ in den Iran geflogen. Der abgeschossene ukrainische Jet sei „an einem falschen Ort zur falschen Zeit“ gewesen.

Flugzeugabsturz im Iran

Eine ukrainische Passagiermaschine, eine Boeing 737, war am Mittwochmorgen kurz nach dem Abflug vom Khomeini Airport in der iranischen Hauptstadt Teheran abgestürzt. An Bord des Jets befanden sich laut den ukrainischen Behörden 176 Insassen. Niemand überlebte. Unter den Opfern waren eine Doktorandin aus Mainz sowie eine Asylbewerberin aus Nordrhein-Westfalen mit ihren Kindern. Die anderen Opfer stammten aus dem Iran, der Ukraine, Kanada, Großbritannien, Schweden und Afghanistan.

Das Korps der iranischen Revolutionsgarden hatte laut dem Chef ihrer Luft- und Weltraumkräfte, Amirali Hadschisadeh, die volle Verantwortung für die Katastrophe übernommen. Die Maschine war laut dem Eingeständnis des Generalstabs der iranischen Streitkräfte durch „menschliches Versagen“ abgeschossen worden. In dem Zusammenhang ordnete der iranische Präsident Hassan Rohani Entschädigungsmaßnahmen an.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32632/16/326321696.jpg>

de.sputniknews.com: Türkei wirft Frankreich Waffenlieferungen an Konfliktparteien in Libyen vor

Der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu hat am Samstag der französischen Regierung einen Verstoß gegen das Waffenembargo für Libyen vorgeworfen.

„Es gibt einige Staaten, die versuchen, den Aufruf (der Präsidenten Russlands und der Türkei zu einem Waffenstillstand – Anm. d. Red.) in Libyen abzuwenden. Frankreich will jede Initiative blockieren, hinter die es sich nicht stellt. Frankreich trägt dazu bei, dass das Chaos weitergeht, indem es Waffen an Libyen schickt“, sagte Cavusoglu in Ankara.

Er äußerte zudem die Hoffnung, dass auch die libysche Nationalarmee (LNA) von Feldmarschall Khalifa Haftar die Initiative der Präsidenten Russlands und der Türkei, Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdogan, über einen Waffenstillstand in Libyen ab dem 12. Januar unterstützen werde.

Das türkische Parlament hatte vergangenen Donnerstag eine mögliche Militärintervention in Libyen genehmigt. Im Dezember hatte Erdogan erklärt, dass der von der Uno unterstützte Ministerpräsident in Tripolis, al-Sarradsch, ihn um militärische Hilfe gebeten habe, nachdem die Türkei und Libyen ein Abkommen unterzeichnet hatten. Dieses erlaubt es Ankara, Militärexperten und Militärpersonal nach Libyen zu schicken.

Das Gegenparlament im Osten Libyens hatte daraufhin am Samstag für einen Abbruch der Beziehungen zur Türkei gestimmt und das entsprechende Abkommen des westlichen Parlaments abgelehnt.

Die Behörden im Osten des Landes agieren unabhängig von der Regierung in Tripolis unter Fajis al-Sarradsch und kooperieren mit Haftars Nationalarmee. Am 12. Dezember kündigte sie einen entscheidenden Kampf um Tripolis an. Medien berichteten von Zusammenstößen zwischen Haftars Truppen und den Streitkräften der international anerkannten Regierung in Tripolis.

Ukrinform.de: Der Iran muss seine ersten Berichte über Abschuss bis zum 8. Februar einreichen

Nach den Regeln der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) müsse der Iran die ersten Berichte über den Abschuss des ukrainischen Flugzeugs in der Nähe von Teheran bis zum 8. Februar 2020 vorlegen, erklärte heute auf einem Briefing der Vizepräsident der Fluggesellschaft „Ukraine International Airlines“, Ihor Sosnowskyj, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Gemäß den ICAO-Untersuchungsregeln muss die Untersuchungspartei, in diesem Fall das Land, in dem das passierte - Iran, innerhalb von 30 Tagen einen Vorbericht vorlegen. Das heißt, innerhalb eines Monats, bis zum 8. Februar, wird es einen Vorbericht geben“, sagte Sosnowskyj.

Am Mittwoch, dem 8. Januar, ungefähr um 6:00 Uhr Teheraner Zeit (um 4:30 Uhr Kyjiwer Zeit) ist das Flugzeug Boeing-737 der „Ukraine International Airlines“, das den Flug PS752 von Teheran nach Kyjiw ausführte, nach dem Start vom Teheraner Flughafen abgestürzt.

An Bord des Flugzeuges befanden sich 176 Personen: 167 Passagiere und 9 Besatzungsmitglieder. Alle sind umgekommen. Unter ihnen waren 11 Ukrainer - zwei Passagiere und neun Besatzungsmitglieder, 82 Iraner, 63 Kanadier, 10 Schweden, 4 Afghanen, 3 Deutsche und 3 Engländer.

Zuvor wurde behauptet, der Absturz sei auf ein technisches Problem im Flugzeug zurückzuführen. Am Samstagmorgen hat der Iran jedoch erklärt, dass er das ukrainische Passagierflugzeug versehentlich abgeschossen habe. Das Flugzeug startete vom Flughafen und näherte sich der Geheimmilitärbasis IRGC, und wurde für ein feindliches Objekt gehalten.

de.sputniknews.com: Stringer-Journalist der russischen Videoagentur Ruptly im Irak ermordet

Im Irak ist ein Stringer-Journalist, der für die russische Video-Nachrichtenagentur Ruptly tätig war, ermordet worden. Das teilte am Samstag Sputnik- und RT-Chefin Margarita Simonjan mit.

Demnach wurde der Video- und Fotokorrespondent Saaf Ghali, der als freier Journalist für die russische Video-Nachrichtenagentur Ruptly tätig war, im Irak ermordet.

„Im Irak haben unbekannte bewaffnete Personen unseren Stringer-Operator Saaf Ghali ermordet. Saaf hat aktiv Material für unsere Videoagentur Ruptly in der Region gedreht. Wir werden alles tun, um seiner Familie zu helfen“, schrieb Simonjan auf ihrem Telegramm-Kanal.

Anscheinend wurde der Journalist getötet, nachdem er eine Demonstration gefilmt hatte, die

sich dagegen richtete, dass der Irak zu einem Schlachtfeld zwischen den USA und dem Iran werden könnte, so der Sender RT.

Der Stringer habe darüber eine Reportage für lokale Medien gedreht.

Ruptly ist eine internationale Video-Nachrichtenagentur, die in Berlin ihren Sitz hat.

Das Unternehmen gehört zum Netzwerk des Fernsehsenders RT. Die Agentur verfügt über weltweit 25 Büros mit freien Mitarbeitern in verschiedensten Regionen der Welt, darunter auch in Nahost.

de.sputniknews.com: Bei Pressekonferenz mit Putin: Merkel hält an Nord Stream 2 fest und lobt Kooperation

Die Bundeskanzlerin Angela Merkel kam am Samstag, dem 11. Januar, zu einem Arbeitsbesuch nach Russland, um sich mit Präsident Wladimir Putin in Moskau zu treffen. Verschiedene internationale Themen wurden dabei besprochen.

Unter anderem verteidigte Merkel das gemeinsame Projekt Nord Stream 2. Die Pipeline sei durch die neue europäische Gesetzgebung legitimiert und es würden nicht nur Deutschland, sondern auch andere europäische Staaten davon profitieren, nicht zuletzt weil dadurch eine Diversifikation der Energielieferwege möglich werde.

Daher müsse das Projekt unbedingt umgesetzt werden – auch trotz US-Sanktionen.

Merkel betonte abermals, dass es sich bei Nord Stream 2 um ein rein wirtschaftliches Projekt handle. Die Diskussion mit Putin habe auch gezeigt, dass es auch trotz dieser Sanktionen abgeschlossen werden kann.

Zugleich erklärte sie, dass es in der Tat eine gewisse Verzögerung geben wird.

Extraterritoriale Sanktionen der USA seien in diesem Zusammenhang falsch. ...

de.sputniknews.com: **Merkel zu Flugzeugabsturz im Iran: Gut, dass Verantwortliche bekannt sind**

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am Samstag das Eingeständnis des Irans begrüßt, für den Absturz eines ukrainischen Flugzeugs mit 176 Toten verantwortlich zu sein. Es sei gut, dass die Verantwortlichen damit bekannt seien, erklärte die CDU-Politikerin nach einem Gespräch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Moskau.

„Es bleibt aber ein dramatisches Ereignis.“ Es seien unschuldige Menschen gestorben. Der Iran müsse nun schonungslos aufklären, forderte Merkel. Teheran müsse gemeinsam mit den Nationen, die Todesopfer zu beklagen hätten, Lösungen finden.

Der Iran hatte zuvor eingestanden, für den Absturz verantwortlich zu sein. Die Unglücksmaschine war laut einer Presseerklärung im Staatsfernsehen durch das Militär „unbeabsichtigt“ abgeschossen worden, es handelt sich demnach um einen „menschlichen Fehler“. Die iranischen Streitkräfte äußerten ihr Bedauern angesichts des Vorfalls. Zuvor hatte der Iran einen Abschuss der Maschine vehement bestritten und erklärt, eine technische Ursache habe zu der Katastrophe geführt.

Die Maschine war am Mittwoch auf dem Flug von Teheran nach Kiew in der Ukraine kurz nach dem Start abgestürzt. Niemand überlebte.

de.sputniknews.com: **„Es ist unerlässlich, die bewaffnete Konfrontation in Libyen zu beenden“ – Putin**

Nach Ansicht des russischen Präsidenten Wladimir Putin ist es wichtig, die bewaffnete Konfrontation in Libyen zu beenden und dort einen Waffenstillstand einzuführen.

„Es ist wichtig, die bewaffnete Konfrontation zwischen der libyschen Nationalarmee des Marschalls (Chalifa) Haftar und der Regierung des Nationalen Einvernehmens von (Fajis) al-Sarradsch zu beenden, einen Waffenstillstand einzuführen und Maßnahmen zur Wiederaufnahme des politischen Prozesses zu ergreifen, um letztendlich die Spaltung

innerhalb des Landes zu überwinden und einheitliche staatliche Institutionen zu bilden“, sagte Putin bei einem Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Laut Putin zielt die vor kurzem verabschiedete gemeinsame Erklärung mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, in der die Kriegsparteien aufgefordert werden, die Feindseligkeiten ab dem 12. Januar einzustellen, genau auf die Erreichung dieser Ziele ab. „Ich habe die Bundeskanzlerin ausführlich über die Arbeit in Istanbul informiert“, so der Präsident. ...

abends:

de.sputniknews.com: **EU fordert vom Iran Konsequenzen aus Flugzeug-Absturz**

Die Europäische Union hat den Iran zu Konsequenzen aus dem versehentlichen Abschuss eines ukrainischen Passagierflugzeugs aufgefordert.

„Es müssen angemessene Maßnahmen getroffen werden, um sicherzustellen, dass solch ein schrecklicher Unfall nie wieder geschehen kann“, erklärte EU-Kommissionssprecher Peter Stano am Samstag in Brüssel.

Nach entsprechenden Zusagen von Irans Präsident Hassan Rohani erwarte die EU, dass Teheran weiter voll kooperiere und nach internationalen Standards umfassend und durchschaubar untersuche, wie es zu dieser Tragödie kommen konnte.

Der Iran hatte am Samstag eingeräumt, sein Militär habe am Mittwoch unbeabsichtigt ein Flugzeug der Ukrainian International Airlines nahe dem Flughafen der Hauptstadt Teheran abgeschossen.

Bei der Katastrophe starben alle 176 Insassen.

EU-Sprecher Stano erklärte dazu, die EU nehme zur Kenntnis, dass der Iran die Verantwortung für den Absturz von Flug PS752 übernommen habe.

de.sputniknews.com: **Treffen mit Merkel: Putin erläutert die Lage in Nahost und Libyen**

Die Kampfhandlungen in Libyen beeinflussen nach Ansicht des russischen Präsidenten Wladimir Putin nicht nur die Stabilität in der Region, sondern auch Europa. Die Situation im Land sei eines der Hauptthemen des Treffens an diesem Samstag in Moskau zwischen Wladimir Putin und Angela Merkel gewesen.

„Bei der Erörterung der internationalen und regionalen Agenda wurde zunächst die Lage in Libyen besprochen, wo die Feindseligkeiten in großem Umfang unglücklicherweise weitergehen, die terroristischen Aktivitäten zunehmen und die Wirtschaft und die soziale Sphäre sich, unglücklicherweise für alle, verschlechtern“, so Putin während des Treffens. Der russische Staatschef betonte, dass all dies nicht nur die Sicherheit und die Stabilität in der Region selbst untergrabe, „sondern auch eine negative Projektion für Europa habe“. „Ich meine illegale Einwanderung, Schmuggel, die Verbreitung von Waffen und Drogen“, sagte Putin.

Großer Krieg hätte katastrophale Folgen

Der Präsident hoffe zudem, dass kein großer Krieg im Nahen Osten kommen werde, da er katastrophale Folgen für die ganze Welt haben würde.

„Was die Situation insgesamt angeht, so hoffe ich, dass es nicht zu größeren militärischen Konflikten kommt. Die Tatsache, dass es dort einen Krieg gibt, können wir bereits sehen, (einen Krieg) sogenannter niedriger Intensität. Aber dies sind ja Kampfhandlungen, Menschen werden getötet. Das ist eine Tatsache. Es wäre sehr wünschenswert, großangelegte Feindseligkeiten zu vermeiden. Wenn diese ausbrechen würden, wäre dies nicht nur für die Region, den Nahen Osten, sondern auch für die ganze Welt eine Katastrophe“, kommentierte Putin die Situation im Nahen Osten.

Ihm zufolge werden solche Aktionen nicht nur nach Europa, sondern auch in andere Regionen zu einer „erneuten Flucht von Menschen aus den Gebieten des traditionellen Wohnsitzes in großem Maßstab, zu neuen Flüchtlingsströmen“ führen.

In Bezug auf mögliche russische Söldner in Libyen sagte Putin, dass sie, falls es sie dort überhaupt gebe, „nicht die Interessen Russlands vertreten und kein Geld von Russland erhalten“.

Libyen-Konferenz in Berlin

Russland unterstützt laut dem Präsidenten die deutsche Initiative zur Abhaltung einer internationalen Libyen-Konferenz in Berlin unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen, aber „einige Sachen bedürfen noch der Vorarbeit“.

Diese Konferenz könnte der nächste „sehr gute Schritt in die richtige Richtung sein, um negative Phänomene zu verhindern“. „Wir könnten eine schrittweise friedliche Beilegung des Konflikts beginnen“, fügte der Präsident hinzu.

Lage in Libyen

Seit dem Sturz des langjährigen Staatschefs Muammar al-Gaddafi vor fast neun Jahren steckt Libyen im Kriegschaos und wird von einer Doppelherrschaft geführt. Im Osten regiert der vom Volk gewählte Abgeordnetenrat, der sich auf die Libysche Nationalarmee um Marschall Khalifa Haftar stützt.

Diese kündigte am 12. Dezember eine Entscheidungsschlacht um die Hauptstadt Tripolis an. Medien berichteten von Zusammenstößen zwischen Haftars Truppen und den Streitkräften der international anerkannten Regierung in Tripolis. Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate stehen hinter Marshall Haftar, der immer wieder versucht, die Macht in Tripolis zu ergreifen.

Das türkische Parlament hatte am vergangenen Donnerstag eine mögliche Militärintervention in Libyen genehmigt. Das Gegenparlament im Osten Libyens hatte daraufhin am Samstag für einen Abbruch der Beziehungen zur Türkei gestimmt und das entsprechende Abkommen des westlichen Parlaments abgelehnt.

Später erklärte der türkische Präsident Erdogan, dass erste Truppen nach Libyen bereits unterwegs seien.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32632/52/326325298.jpg>

de.sputniknews.com: Putin und Merkel weiter für Atomdeal – neuer Handelsmechanismus mit Iran soll ins Laufen kommen

Moskau und Berlin wollen gemeinsam trotz der Spannungen im Nahen Osten an dem internationalen Atomabkommen mit dem Iran festhalten. Der neue Zahlmechanismus für den Handel mit dem Iran - Instex - soll endlich ins Laufen kommen, erklärte Kremlchef Wladimir Putin nach dem Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel am Samstag in

Moskau.

„Russland und Deutschland treten entschlossen für die weitere Umsetzung des JCPOA (das internationale Atomabkommen mit dem Iran – Anm. d. Red.) auf. Die Iraner können sich auf die Verpflichtung der europäischen Länder verlassen, die versprochen haben, einen unabhängigen Finanzmechanismus zu entwickeln“, sagte Putin.

Es sei notwendig, dass dieser Mechanismus letztendlich seine Arbeit aufnehme. Putin erinnerte zudem daran, dass die Aussetzung freiwilliger Verpflichtungen im Atomabkommen auf den Ausstieg der USA aus dem Deal zurückgehe.

Merkel betonte ihrerseits, dass Deutschland die Vereinbarung mit der Islamischen Republik „am Leben erhalten“ wolle. Sie forderte im Hinblick darauf, dass dafür alle diplomatischen Kanäle genutzt werden müssten. „Der Iran sollte keine Atomwaffen bekommen.“

Atomabkommen mit dem Iran

Die 5+1-Staaten (UN-Vetostaaten und Deutschland) und der Iran hatten im Juli 2015 ein Abkommen erzielt. Der Iran verpflichtete sich, wesentliche Teile seines Atomprogramms zu beschränken. Im Gegenzug wurden Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen den Iran aufgehoben. Anfang Mai 2018 hatte der US-Präsident angekündigt, dass die USA sich aus dem Atomabkommen mit dem Iran zurückziehen würden. Donald Trump hatte die umfassenden Sanktionen gegen den Iran erneut veranlasst, die vorher als Folge des Gemeinsamen umfassenden Aktionsplans (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) ausgesetzt worden waren.

Die Führung in Teheran hat jüngst inmitten schwerer Spannungen mit den USA angekündigt, sich künftig an die Beschränkungen für die Anzahl der Zentrifugen zur Urananreicherung nicht weiter zu halten. Das Land will jedoch die Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) fortsetzen und werde bei Aufhebung der Sanktionen seine Verpflichtungen wieder erfüllen.

de.sputniknews.com: Putin: Russland wird Nord Stream 2 eigenständig fertigtbauen – Zeitrahmen genannt

Der Bauabschluss und der Start der Nord Stream-2-Gaspipeline sollen nach Einschätzung des russischen Präsidenten vor Ende 2020 oder bis zum ersten Quartal des nächsten Jahres erfolgen.

Dabei sei Russland in der Lage, das Projekt eigenständig und ohne Beteiligung von ausländischen Partnern zu vollenden. Die einzige Frage seien die Zeitrahmen.

„Die Fertigstellung wird sich natürlich um einige Monate verschieben. Ich hoffe jedoch, dass die Arbeit bis Ende dieses Jahres oder im ersten Quartal des nächsten Jahres abgeschlossen und die Gaspipeline in Betrieb sein wird“, sagte Putin auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundeskanzlerin Angela Merkel am Samstag.

Zudem schätze Russland die deutsche verantwortungsvolle Haltung in Bezug auf das Projekt. Russland und Deutschland hätten „eine Reihe großer gemeinsamer Projekte im Energiebereich. Wir schätzen sehr die verantwortungsvolle Position der Bundesregierung zur Unterstützung des bekannten Nord Stream 2-Projekts“, so Putin.

US-Sanktionen gegen Nord Stream 2

US-Präsident Trump hatte den Verteidigungshaushalt 2020 unterzeichnet und damit die darin enthaltenen Sanktionen gegen Nord Stream 2 und Turkish Stream in Kraft gesetzt. Sie richten sich gegen Firmen, die am Verlegen der Pipelines beteiligt sind, sowie deren Eigner. Als Strafmaßnahmen sind Einreiseverbote und das Einfrieren von Vermögen in den USA vorgesehen.

Nord Stream 2

Das Nord Stream 2-Projekt umfasst den Bau von zwei Strängen einer Gaspipeline mit einer Gesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmetern Gas pro Jahr von der russischen Küste durch die Ostsee nach Deutschland.

Die Leitung verläuft in Territorialgewässern von Deutschland, Finnland, Schweden, Dänemark und Russland und kostet rund zehn Milliarden Euro. Sie wird je zur Hälfte vom russischen Energieriesen Gazprom und den fünf europäischen Unternehmen OMV, Wintershall Dea, Engie, Uniper und Shell finanziert.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32599/06/325990650.jpg>

de.sputniknews.com: Neue US-Sanktionen gegen Teheran sind nutzlos – Irans Außenministerium

Der Iran hat die neuen US-Sanktionen gegen Teheran nachdrücklich verurteilt und als „unwirksam“ bezeichnet. Sie würden keinen Erfolg haben, so der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Abbas Mousavi.

„Leider handeln die USA weiterhin einseitig und illegal“, sagte Mousavi und fügte hinzu, dass die Sanktionen keinen Erfolg haben würden.

Ihm zufolge ignoriert Washington internationale Normen, verhängt Sanktionen gegen die iranische Industrie und beeinträchtigt damit das Leben von Millionen von Menschen.

„Die Verhängung von Sanktionen stellt einen offenen Verstoß gegen die Resolution 2231 des UN-Sicherheitsrates dar“, fügte Mousavi hinzu und wies darauf hin, dass restriktive Maßnahmen der USA zu einem Problem für die internationale Gemeinschaft geworden seien. Die Vereinigten Staaten würden das Scheitern ihrer Politik in dieser Richtung zugeben müssen.

Zusätzliche US-Sanktionen gegen Iran

Nach den iranischen Angriffen auf US-Truppen im Irak haben die USA weitere Wirtschaftssanktionen gegen Teheran verhängt. Die neuen Strafmaßnahmen betreffen acht hochrangige Vertreter des Irans. Ihnen wird die „Destabilisierung in der Region“ sowie die Beteiligung an den jüngsten Attacken auf US-Truppen im Irak vorgeworfen. Auch der Stahlsektor des Landes ist mit Sanktionen belegt worden. Insgesamt sind 17 iranische Unternehmen betroffen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32630/80/326308068.jpg>

de.sputniknews.com: **Teheran entschuldigt sich offiziell bei Ukraine für Flugzeugabschuss**

Der iranische Präsident Hassan Rohani hat in einem Telefongespräch mit seinem ukrainischen Kollegen Wladimir Selenski offiziell bei der Ukraine für den versehentlichen Abschuss eines Passagierflugzeugs um Entschuldigung gebeten, heißt es in einer Mitteilung des Büros des ukrainischen Präsidenten.

Das Telefongespräch habe auf Initiative von Teheran stattgefunden. Rohani soll dem ukrainischen Volk und den Familien der Opfer sein Beileid ausgedrückt haben. Er habe zudem uneingeschränkt zugegeben, dass die Tragödie auf fehlerhafte Aktionen des iranischen Militärs zurückzuführen sei.

„Das Zugeben der ‚Raketenversion‘ als Ursache für die Katastrophe hat den Weg für die Fortsetzung der Ermittlungen ohne Verzögerungen und Behinderungen geöffnet“, so Selenski. Der ukrainische Staatschef erwarte eine weitere konstruktive Interaktion mit Teheran im Einklang mit dem Völkerrecht. Er betonte auch, dass die Flugzeugbesatzung sich strikt an die internationalen Regeln gehalten hätte. Es sei jetzt notwendig, dass die Leichen der toten Ukrainer so schnell wie möglich in ihre Heimat zurückgeführt würden. Dies müsse vor dem 19. Januar geschehen, „damit sich ihre Verwandten von ihnen verabschieden können“. Rohani habe zugesichert, dass er entsprechende Anweisungen geben werde. ...



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32574/58/325745840.jpg>

de.sputniknews.com: **Situation in Syrien stabilisiert sich, Staatlichkeit wiederhergestellt – Putin**

Laut dem russischen Präsident Wladimir Putin stabilisiert sich die Lage in Syrien allmählich

und auch die Staatlichkeit wird wiederhergestellt.

„Es kann mit Zuversicht festgestellt werden, dass sich die Lage in diesem Land (Syrien – Anm. d. R.) stabilisiert, Syrien allmählich zu einem friedlichen Leben zurückkehrt und die syrische Staatlichkeit wiederhergestellt wird“, sagte Putin nach dem heutigen Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Putin wies zudem darauf hin, dass Russland und Deutschland die Ansicht geteilt hätten, dass der Konflikt in Syrien gemäß Resolution 2254 des UN-Sicherheitsrates ausschließlich durch politische Mittel endgültig gelöst werden könnte. Die Hilfe für Syrien sollte dabei laut dem Präsidenten mit den Behörden des Landes abgestimmt werden.

„Wir haben die Fragen des Wiederaufbaus Syriens nach dem Konflikt erörtert. Die Verbesserung der humanitären Lage im Land und die sichere Rückkehr der Flüchtlinge. Es ist erforderlich, die Anstrengungen aller verantwortungsvollen Mitglieder der Weltgemeinschaft zu verbinden, um den syrischen Regierungsstellen, den Syrern im weitesten Sinne des Wortes, bei der Wiederherstellung von Infrastruktur, Wasser und Strom, Krankenhäusern und Schulen zu helfen. Gleichzeitig sollte jegliche Hilfe für Syrien im Einvernehmen mit den legitimen Behörden geleistet werden und sich ohne Vorbedingungen und Politisierung auf alle betroffenen Gebiete erstrecken“, so Putin. ...